

## Mehr als ein Fussabdruck

«Ich mag es nicht, kalt zu duschen»  
– FN vom 17. August

Die Volksinitiative für eine «Grüne Wirtschaft», über die wir am 25. September abstimmen werden, wird wesentlich mehr für unser Land bewegen, als der Fussabdruck-Artikel vom 9. August in dieser Zeitung weismachen wollte. Der Initiativtext ist deshalb offen formuliert, um dem Bund, den Kantonen und Gemeinden die Freiheit zu lassen, auf ihrer Ebene adäquate gesetzliche Lösungen zu finden. Das entspricht der föderalistischen Idee unseres Staates, dem

Subsidiaritätsprinzip und respektiert die Freiheit für Handel und Industrie. Die Initiative will, dass unser Land auf allen Ebenen und mit Augenmass auf eine nachhaltige und ressourcen-effiziente Wirtschaft hinarbeiten kann.

Das Jahr 2050 scheint weit weg, aber wichtige Veränderungen brauchen eben ihre Zeit. Es erscheint daher gerade heute wichtig, die entsprechenden Rahmenbedingungen zu schaffen und Leitplanken zu definieren. Die Initiative betrachtet die ökologische Notwendigkeit als Chance für eine nachhaltige Wirtschaft, für Innovation und die Schaffung zukunftsfähiger und interessanter Arbeitsstellen. Das sichert unseren Wohlstand – auch für die nächsten Generationen. Unsere Lebensqualität braucht eine intakte Umwelt, muss mit Ressourcen sparsam umgehen, Abfälle vermeiden und Wertstoffkreisläufe fördern. Wir brauchen eine optimale Ressourcen-Effizienz, um die Abhängigkeit vom Ausland zu verringern und eine zukunftsorientierte Wirt-

schaft zu fördern. Deshalb ist die Volksinitiative Grüne Wirtschaft die Grundlage für die Sicherung unseres Wohlstands, unserer Lebensqualität und unseres ökonomischen Erfolgs.

Dabei spielt der Fussabdruck eine untergeordnete Rolle. Wichtig ist einzig, dass die Initiative die Chancen für

**«Wir brauchen optimale Ressourcen-Effizienz, um die Abhängigkeit vom Ausland zu verringern und eine zukunftsorientierte Wirtschaft zu fördern.»**

eine wettbewerbsfähige, nachhaltige Schweizer Wirtschaft wahr und den Erhalt einer intakten Natur für künftige Generationen in unserem Land zum Ziel hat. Aus diesen Gründen ist am 25. September ein Ja zur «Grünen Wirtschaft» die richtige Antwort!

**Gisela Kilde, Generalrätin GLP, und Markus Reck, Freiburg**